

FRAKTIONSVORSTANDSBESCHLUSS VOM 2.9.2016

» DEUTSCHLAND MUSS SICHER BLEIBEN

FORDERUNGSKATALOG ZUR INNEREN SICHERHEIT

EFFEKTIVE MASSNAHMEN ZUR ERHÖHUNG DER INNEREN SICHERHEIT STATT POPULISTISCHER SYMBOLDEBATTEN



Die Gefahr von terroristischen Anschlägen in Europa und auch in Deutschland bleibt hoch. Es gibt massive rassistische Hetze und zahlreiche Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, auf geflüchtete Menschen und ihre Unterstützerinnen und Unterstützer. Auch andere Kriminalitätsformen wie zunehmende Einbruchsdiebstähle machen vielen Menschen Sorgen. Bedrohungslagen und Verunsicherung muss die Sicherheitspolitik mit zielgenauen Maßnahmen begegnen, die Defizite abstellen, Sicherheit effektiv erhöhen und neues begründetes Vertrauen schaffen. Bei der personellen und technischen Ausstattung der Polizei, in der internationalen Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und im Waffenrecht haben die schrecklichen Taten der letzten Monate dringenden Reformbedarf aufgezeigt. Gerade weil es keine hundertprozentige Sicherheit gibt, brauchen wir einen ständigen Sicherheits-TÜV; Sicherheitsgesetze müssen fortlaufend auf ihre Effektivität überprüft, unverhältnismäßige Freiheitseingriffe abgestellt werden.

Die Union stellt seit elf Jahren den Bundesinnenminister. In dieser Zeit hat sie sträflich versäumt, Sicherheitsbehörden und Polizei auf neue Gefährdungen einzustellen. Heute fehlende Ressourcen bei Personal und Technik wurden über Jahre abgebaut und auf sicherheitspolitische Scheinantworten wie den Ausbau der Videoüberwachung gesetzt. An zahlreichen, sich längst als wirkungslos erwiesenen Maßnahmen, wie der anlasslosen Vorratsdatenspeicherung aller Verbindungsdaten von 80 Millionen Bürgerinnen und Bürger, hält sie bis heute unbeirrt fest. Dringend notwendige Reformen, beispielsweise eines verbesserten, auf klaren rechtsstaatlichen Vorgaben beruhenden Informationsaustauschs der Sicherheitsbehörden der EU-Mitgliedsstaaten über „Gefährder“ oder beim Waffenrecht, ist sie nicht angegangen. Das rächt sich heute.

Offenbar versuchen die Unionsinnenminister von den eigenen Versäumnissen abzulenken und sich im Vorwahlkampf als Law & Order-Garanten angesichts von Druck Seitens der AfD zu profilieren. Es ist jedoch in höchstem Maße unseriös, rein symbolische Debatten z.B. über ein Burkaverbot zu führen. Das Verbot des Tragens bestimmter Kleidungsstücke erhöht Sicherheit gewiss nicht. Und der Schutz der Zivilbevölkerung vor einem Ausfall kritischer Infrastrukturen ist bedeutend, hat jedoch nichts mit dem Schutz vor terroristischen Bedrohungen zu tun, weshalb diese Themen nicht vermengt werden dürfen.

Auch Forderungen nach mehr Massenüberwachung, Ausbau des Geheimdienstwesens oder nach Einsatz der Bundeswehr im Inneren bringen nicht mehr Sicherheit, sondern nur mehr Verunsicherung der Bevölkerung. Einer Militarisierung der Innenpolitik erteilen wir eine klare Absage, genau wie ihren symbolpolitischen Vorboten in Form von gemeinsamen Übungen von Polizei und Bundeswehr, die über das verfassungsrechtlich erlaubte hinausgehen. Angstkampagnen spalten die Gesellschaft und gefährden Freiheitsrechte. Von ihnen profitieren nur die Rechtspopulisten, die zur Selbstbewaffnung aufrufen.

In international unruhigen Zeiten setzen wir Grüne auch weiterhin auf einen starken demokratischen Rechtsstaat und die Stärkung von guter und solider Polizeiarbeit. Anlasslose Massenüberwachung, weitgehend unkontrollierte Geheimdienste und apokalyptische Katastrophenszenarien schwächen die Abwehrbereitschaft, weil sie von den tatsächlichen Problemen der täglichen, zielgerichteten Polizeiarbeit ablenken und dringend notwendige Ressourcen unnötig binden. Die Verletzlichkeit unserer offenen und freien Gesellschaft ist das Spiegelbild ihrer großen Integrationskraft. Verbrechen zu verhindern und Gefahren früh zu erkennen, ist wirksamer als später stärker zu bestrafen. Wir müssen alles unternehmen, damit junge Menschen nicht in menschenverachtende totalitäre

Ideologien ableiten, seien sie islamistisch oder rechtsextremistisch. Ein einseitiger Ausbau repressiver Mittel und permanente Ausgrenzungsdebatten führen zu weniger Sicherheit.

Unsere Antwort auf die wachsenden sicherheitspolitischen Herausforderungen sind gut ausgestattetes und ausgebildetes, kulturell kompetentes Personal der Polizei- und Sicherheitsbehörden, eine Kultur des Hinschauens, mehr Integration statt Ausgrenzung und mehr Prävention. Unsere Leitschnur sind das Grundgesetz, insbesondere die Grundrechte, die demokratische Kontrolle staatlichen Handelns sowie das Gewaltmonopol des Staates. Das sind auch die gebotenen Antworten auf die weiter wachsende Zahl von Einbruchsdiebstählen, sexuelle Belästigungen im öffentlichen Raum und Kriminalitätsschwerpunkte in Großstädten. Wer dagegen Selbstjustiz und Bürgerwehren das Wort redet, begibt sich auf dem Pfad der Eskalation und gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Deutschland ist und bleibt ein sicheres Land. Die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus ist jedoch real. Gerade angesichts dieser Bedrohung muss sich der Rechtsstaat jeden Tag auf's Neue beweisen. Einfache Antworten auf komplexe Herausforderungen sind nicht nur hilflos, sondern auch sicherheitspolitisch kontraproduktiv.

Genauso ist es unverantwortlich, die notwendige Überarbeitung von Plänen der Zivilverteidigung für die Sicherheit im Ernstfall mit der Empfehlung für Hamsterkäufe und abwegigen Gedankenspielen zur Wiederauflage der Wehrpflicht beantworten zu wollen.

UNSER SICHERHEITSPOLITISCHER PLAN:

- 1 | Vorrang der Polizeiarbeit:** Gute Polizeiarbeit hat in den vergangenen Jahren wesentlich dazu beigetragen, dass Deutschland verschont von großen Terroranschlägen geblieben ist. Für die Wirksamkeit geheimdienstlicher Massenüberwachung oder der Vorratsdatenspeicherung fehlt bis heute jeder Nachweis. Wir setzen weiter auf eine starke Polizei. Wir brauchen eine zielgerichtete, an realen Bedrohungslagen orientierte Arbeit einer personell wie technisch gut ausgestatteten Polizei.
- 2 | Personelle Stärkung und modernste Ausstattung:** Die Union hatte in den vergangenen Jahren massiv Stellen bei der Bundespolizei abgebaut und nicht nachbesetzt. Die Bundespolizei ist überaltert. Die Fehler lassen sich nicht sofort beheben, weil die Ausbildung einsatzfähiger Polizistinnen und Polizisten bis zu fünf Jahre dauert. Es bedarf daher sofort einer neuen demographiefesten Personalpolitik und einer nachhaltigen Aus- und Fortbildung. Grüne haben früh kritisiert, dass die angekündigten 3.000 Stellen in den nächsten Jahren nicht reichen werden, den Trend des vergangenen Jahrzehntes umzukehren. Wir brauchen gute Polizeiarbeit durch moderne Büro-, Informations- und Kommunikationstechnik, wie auch kriminalpolizeiliche moderne Technik zur Tatermittlung, Identifizierung und Beweissicherung.
- 3 | Organisatorische Straffung:** Das ineffiziente Nebeneinander von Bundespolizei, Zollpolizei und Bundeskriminalamt muss beendet werden. Wir wollen die kriminalpolizeilichen Aufgaben des Bundes auf einheitlicher gesetzlicher Grundlage beim Bundeskriminalamt (BKA) konzentrieren. Die Polizei muss von Verwaltungsaufgaben entlastet werden.
- 4 | Vielfalt, interkulturelle Kompetenz und eine Fehlerkultur:** Die Polizei braucht eine Personalstruktur auf der Höhe der Einwanderungsgesellschaft, das bedeutet dass der Anteil von Migrantinnen in der Polizei dem realen Anteil in der Gesamtbevölkerung angeglichen wird. Ohne interkulturelle Kompetenzen lassen sich Aufgaben nicht wie gewohnt erledigen. Außerdem brauchen wir einen unabhängigen Polizeibeauftragten als Ansprechpartner für die Polizeibediensteten sowie die Bürgerinnen und Bürger.
- 5 | Internationale Polizeizusammenarbeit:** Wenn Täterinnen und Täter innereuropäische Grenzen problemlos überschreiten können, braucht es auch Sicherheitsbehörden, die international nach

klaren rechtsstaatlichen Kriterien zusammenarbeiten. Es fehlt an geschultem Personal, moderner Ausstattung, europäischer Vernetzung und Polizisten mit internationaler Erfahrung. Deshalb wollen wir gemeinsame Ermittlungsteams bei Europol in der Terrorismusbekämpfung stärken. Wir wollen außerdem eine europaweit einheitliche Definition islamistischer Gefährder durchsetzen, um eine bessere Kooperation bei der Abwehr von Terroranschlägen zu erreichen. Zwischen den nationalen Behörden braucht es Personalaustausch und gemeinsamen Ermittlungstechniken. Die Debatte um Ausreisen von Dschihadisten hat gezeigt, dass Verbesserungen im Rahmen des Schengener Informationssystems II (SISII) und von Europol dringend nötig sind.

6 | Waffenrecht reformieren: In den Anschlägen von Paris und im Amoklauf von München wurden illegal erworbene Waffen benutzt. Wir benötigen ein verbessertes Waffenrecht und einheitliche EU-Regelungen. Es ist immer noch viel zu einfach, an illegale Schusswaffen und umgebaute Dekorationswaffen zu gelangen. Zudem brauchen wir weiterhin eine Verschärfung der Verkaufsbestimmungen von anschlagsfähigen Gefahrenstoffen im Internet und in Baumärkten. Auch muss die Bundesregierung endlich ihre Blockadehaltung auf EU-Ebene aufgeben, so dass gerade der Online-Handel mit Waffen deutlich eingeschränkt wird. Ein Höchstmaß an öffentlicher Sicherheit muss dabei ihr Kriterium sein, nicht die Zufriedenheit der Waffenlobby. Erfurt, Winnenden und jetzt München lehren uns, dass Waffen und Munition zu leicht in private Hände geraten. Die AfD zieht daraus den Schluss, jedermann solle sich bewaffnen. Ein Blick in die USA und Barack Obamas verzweifelter Kampf gegen die Waffenlobby zeigen, dass ein Volk in Waffen die größte Gefahr für die öffentliche Sicherheit ist und mehr zivile Opfer fordert als der Terrorismus selbst.

7 | Prävention als wirksames Mittel zur Gewährleistung der inneren Sicherheit: Prävention kann, was keine Technik und keine Kamera dieser Welt kann: Demokratie stärken und Straftaten im Vorfeld verhindern. Mit einer Präventionsstrategie für Deutschland wollen wir gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Radikalisierung und Gewalt dort bekämpfen, wo sie entstehen. Daran sollen in einem strukturiertem Dialog Bund, Länder, Kommunen und zivilgesellschaftliche Institutionen in einem bundesweiten Präventionszentrum gemeinsam arbeiten. Rollenklarheit zwischen allen Akteuren ist dabei ebenso zentral wie eine solide und dauerhafte Förderung der vielfältigen, engagierten Zivilgesellschaft.